Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1550
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 27. **Dienstag, 2. Februar 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis,** gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die verschobene Abrüstungskonferenz.

BR. Frankreich hat seinen Willen durchgesetzt: Das Gesuch verschiedener Völkerbundsstaaten, die Völkerbundskonferenz an einem späteren Zeitraum abzuhalten, hat den Generalsekretär des Völkerbunds Sir Eric Drummond veranlaßt, Paris wieder zu verlassen. Es ist begreiflich, daß Frankreich das größte Interesse hat, diese Abrüstungskonferenz solange wie möglich hinauszuschieben. Bisher ist es ihm nicht gelungen, durch allerlei Vorwände und durch die Ueberredungskunst seiner Staatsminister die anderen Völkerbundsmächte zu überzeugen, daß die Zeit für diese Völkerbundskonferenz noch nicht gekommen sei. Sehr interessant ist es festzustellen, daß England das Gesuch um Vertagung nicht mitunterschrieben hat. Die Gründe, die für diesen Schritt angegeben wurden, sind rein formell. Sie greifen keineswegs in die tieferen Ursachen ein, die den Wunsch der Antragsteller bedingen. Wenn gesagt wird, daß eine Anzahl Staaten, die zu dieser Konferenz eingeladen waren, noch nicht geantwortet hätten, so ist dies eine Tatsache, die keineswegs, eine Vertagung rechtfertigen könnte. Auch die Behauptung, daß Deutschland zu dieser Konferenz nicht eingeladen werden könne, solange es seine Aufnahme in den Völkerbund nicht beantragt habe, ist nicht stichhaltig. Deutschland ist durch die Beschlüsse in Locarno das Recht gegeben worden, auf eine solche Einladung zu rechnen, auch wenn die Formalitäten des Eintritts noch nicht erledigt sind. Der Wahrheit näher kommt schon die dritte Begründung, die festlegt, daß alle Staaten das größte Interesse daran hätten, daß Rußland an den Beratungen teilnehme. Solange aber der russisch-schweizerische Konflikt noch nicht beseitigt wäre, sei die Beteiligung Rußlands an einer Konferenz in Genf unmöglich.

So beharrlich Frankreich auch seine Ziele verfolgt, die auf ein Fallenlassen der Abrüstungskonferenz hinzielen, so haben die verantwortlichen Politiker in Paris doch inzwischen aus der Mentalität der an dieser Konferenz interessierten Mächte erkennen müssen, daß die Konferenz unter allen Umständen auch gegen den Willen der französischen Regierung kommen wird. Als kluge Realpolitiker treffen die Pariser Staatslenker auch für diesen Fall die notwendigen Sicherungen. Sie haben erkannt, daß die Sowjetunion die strengste Widersacherin Englands ist. In ihr erblicken sie daher die Macht, die geeignet wäre, ihnen bei den vorkommenden Verhandlungen in Genf den Rücken zu stärken.

Die Beilegung des russisch-schweizerischen Streitfalls brächte dann zumindest den Erfolg, daß dieser französische Einwand zum Fallen kommt. Aber die Verhandlungen, die zwischen Moskau und Bern schweben, sind keinesfalls soweit gediehen, daß man mit einem baldigen befriedigenden Abschluß rechnen kann. Bekanntlich hat die Sowjetunion wegen der Ermordung Worowski's auf schweizer Gebiet Forderungen an die Berner Regierung gestellt, die von dort als unannehmbar bezeichnet werden. Wohl erklärt sich die Schweiz bereit, an die Tochter Worowski's eine Entschädigung zu zahlen. Sie will aber die Regelung dieser Entschädigung mit ihrer eigenen Forderung verbunden haben, die für die durch die Plünderung der schweizer Gesandtschaft in Petersburg entstandenen Schäden eine Wiedergutmachung verlangt. Andererseits ist man in Bern keineswegs geneigt, dem Bedauern über die Ermordung Worowski's, die Formulierung zu geben, die man in Moskau verlangt. Aus all' diesen Gründen ist zu ersehen, daß an einer Beilegung des Konfliktes in nächster Zeit gar nicht zu denken ist. Man gibt sich in Völkerbundskreisen allerdings der Hoffnung hin, daß, wenn es Rußland an einer Einigung gelegen wäre, die Sowjetunion Mittel und Wege finden könnte, sie herbeizuführen. Aber es ist anzunehmen, daß Moskau selbst aus verschiedenen Gründen zur Zeit gar kein Interesse hat, sich an einer solchen Abrüstungskonferenz zu beteiligen. Ein Konflikt mit der Schweiz gibt daher wieder Moskau den bequemsten Einwand, eine solche Beteiligung vor der Hand als unmöglich hinzustellen. Man sieht also, die Einwände, die sich gegen die Abrüstungskonferenz stämmen, sind überall. Diesen verwickelten Knäuel zu lösen, wird es noch viel Kunst und Geduld kosten. Wenn auch in dem Antrag, der die Vertagung vorsieht, gesagt wird, daß die Konferenz auf alle Fälle noch vor dem 15. Mai stattfinden müsse, so wird man dieser Terminfestsetzung die größte Skeptis entgegenbringen müssen.

Die Tatsache, daß Rußland sich außerstande erklärt, seine verantwortlichen Vertreter nach Genf zu senden, hat in den dem Völkerbund nahestehenden Kreisen zu der Ueberlegung geführt, ob es nicht überhaupt besser wäre, den Sitz des Völkerbundes nach einer anderen Stadt zu verlegen. Eine solche Absicht wird zwar in Genf strikte dementiert, trotzdem ist es nicht unbekannt geblieben, daß belgische Kreise mit dem Gedanken spielen, den Sitz des Völkerbundes, wenn der russisch-schweizerische Konflikt nicht bald beigelegt werde, doch noch für Belgien zu sichern. Man versucht dort diesen Gedanken auch für die anderen Mächte schmackhafter zu machen, indem man erklärt, daß, wenn Brüssel Sitz des Völkerbundes wäre, diese Tatsache allein eine soweitgehende Sicherung für das Land bedeute, daß man sich dann unschwer zu einer weiteren Herabminderung der belgischen Heeresstärke verstehen könnte. Trotzdem diese belgischen Wünsche in Genf sehr stark propagiert werden, ist es nicht anzunehmen, daß sie auf Verwirklichung rechnen können. Die Schweiz, als das Land der unbedingten Neutralität, wird sich nie dazu verstehen können, daß ihr der Sitz des Völkerbundes genommen wird. Die Bedrohung, die die belgischen Wünsche dem schweizer Anspruch entgegenstellen, dürfte die Berner Regierung daher wieder geneigter machen, den Streitfall mit Sowjet-Rußland so schnell wie möglich zu beseitigen. Jedenfalls sind durch die neuerliche Verschiebung der Abrüstungskonferenz die Verhältnisse in Genf derart verworren geworden, daß es schwer sein wird, sich in der nächsten Zeit über die weitere Gestaltung des Abrüstungsgedankens ein klares Bild zu machen.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung

liegt nunmehr im Wortlaut vor. Danach soll für vermögensrechtliche Auseinandersetzungen zwischen deutschen Ländern und Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser ein Reichssondergericht in Leipzig unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten gebildet werden, das aus 9 Mitgliedern besteht. Der Stellvertreter des Vorsitzenden wird vom Reichspräsidenten ernannt. 6 Mitglieder müssen Mitglieder von Gerichten oder Verwaltungsgerichten sein. Sie werden auch vom Reichspräsidenten ernannt. Zwei weitere werden je auf Vorschlag der Parteien vom Präsidenten des Reichsgerichts berufen. Der Antrag regelt weiter die Befugnisse des Sondergerichtes und gibt gewisse Richtlinien für die Entscheidungen. U. a. erhält ein Land danach regelmäßig zum Eigentum Theater, zur öffentlichen Besichtigung freigegebene Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen. Ob dafür Entschädigung gegeben wird, richtet sich nach freiem Ermessen der Gerichte. Bei Bemessung der den Fürstenhäusern zuzusprechenden Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Auch bereits abgeschlossene Auseinandersetzungen können binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes durch übereinstimmenden Antrag beider Parteien nochmals an das Sondergericht gebracht werden.

Regierungsbildung und Reichsschulgesetz.

Auf das kürzlich veröffentlichte Schreiben vom 25. 1. 26 der **Groß-Dresdner Vereine christlicher Eltern an den Reichsminister des Innern Herrn Dr. Külz** hat Herr Reichsminister am 29. Januar bereits in einem eigenhändig unterschriebenen Schreiben wie folgt erwidert:

„Mit verbindlichem Danke bestätige ich den Empfang der Zuschrift vom 25. Januar 1926.

Für die in dieser Zuschrift erörterten kulturpolitischen Probleme ist die Stellungnahme der Reichsregierung in der Regierungserklärung des Herrn Reichskanzlers am Dienstag, den 26. Januar 1926 klar gekennzeichnet. Der Reichskanzler hat hinsichtlich seiner kulturpolitischen Einstellung in dieser Erklärung Bezug genommen auf seine am 19. Januar 1925 vor dem Reichstag gemachten Ausführungen. Diese Ausführungen lauten wörtlich folgendermaßen:

„Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfange auch den Nichtbemittelten zugänglich gemacht werden. Von der heranwachsenden Jugend sind Gefahren, die Körper und Seele bedrohen, abzuwenden."

Hinsichtlich der Schulpolitik hat der Herr Reichskanzler erklärt, daß die Reichsregierung eine Lösung anstreben wird unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte.

Dieser in der Regierungserklärung gekennzeichnete Standpunkt deckt sich restlos mit meiner kulturpolitischen Einstellung."

Erklärungen des Reichsinnenministers Dr. Külz.

)(Berlin. Bei der **Vorstellung der Beamtenschaft des Reichsministeriums des Innern** hielt in Erwiderung der Begrüßungsansprache des Staatssekretärs Dr. Zweigert **Reichsminister des Innern Dr. Külz** eine Rede, in der er nach einer demokratischen Zeitungskorrespondenz unter anderem sagte: Das Reichsministerium des Innern ist die Zentralstelle alles innerpolitischen und kulturellen Geschehens, soweit die Zuständigkeit des Reiches hierzu gegeben ist. Hierin liegt die ungeheure staatspolitische Bedeutung dieses Amtes. Es ist klar, daß der Beamtenkörper eines solchen Amtes von der richtigen Staatsgesinnung erfüllt sein muß. Staatsgesinnung ist nicht notwendig identisch mit Parteigesinnung. Dem Staate, daß heißt der deutschen Republik zu dienen, ist selbstverständliche Pflicht jedes Beamten der Republik. Das sind lapidare Notwendigkeiten, an denen ich festhalten werde und ich hoffe, daß alle Beamten, die das Bedürfnis haben, sich politisch zu betätigen, dabei nicht nur die Grenzen erkennen werden, die dienstlicher und persönlicher Takt ziehen, sondern vor allem auch die Grenzen einhalten, die die Rücksicht auf das Staatswohl gebietet.

Diplomatischer Meinungsaustausch.

gu. Berlin. Aus diplomatischen Kreisen hören wir, daß die Reichsregierung durch ihre Botschafter in Paris und London **eine neue Aussprache über die Besatzungs- und Entwaffnungsfrage eingeleitet** hat. Die Botschafterkonferenz, die heute Dienstag in Paris tagen wird, um zu den schwebenden Problemen Stellung zu nehmen, wird sich bereits mit den deutschen Vorschlägen und Forderungen beschäftigen können. Die Reichsregierung soll, wie versichert wird, den Wunsch geäußert haben, ihr mitzuteilen, welche Bestimmungen der Entwaffnungsverordnung von ihr unberücksichtigt gelassen worden sind, und bereit sein, zur Klärung aller Mißverständnisse nach Kräften beizutragen. Sie hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein Eintritt in den Völkerbund vor Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen nicht möglich sein werde.

Festabend der Liberalen Vereinigung in Berlin.

)(Berlin. Die Liberale Vereinigung veranstaltete gestern einen Festabend. Unter den etwa 500 Anwesenden bemerkte man Reichskanzler Dr. Luther, die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Geßler, Dr. Külz, Dr. Reinhold, Dr. Curtius, Dr. Krohne, die preußischen Minister Dr. Höpker-Aschoff, Dr. Becker und Dr. Schreiber; ferner waren erschienen der frühere badische Staatspräsident Professor Dr. Hellpach, der österreichische Gesandte Dr. Frank, der Oberbürgermeister von Berlin Dr. Böß, der Vizepolizeipräsident Dr. Friedensburg, Staatssekretär Dr. Meißner, Bürgermeister Dr. Petersen-Hamburg, Oberpräsident Dr. Maier, die Professoren Hans Delbrück und Meinecke, Geheimrat Dr. v. Harnapk und zahlreiche Vertreter der Wissenschaft und Kunst, Industrie und Handel. Von den Reichstags- und Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung waren die Führer und eine große Anzahl Mitglieder anwesend.

Der Ehrenvorsitzende der Liberalen Vereinigung **Geheimrat Professor Dr. Kahl** begrüßte die Gäste in einer längeren Rede, in der er auf die hohen Traditionen des Liberalismus hinwies und betonte, daß der Liberalismus keineswegs eine neue Gründung sei, sondern vielmehr schon zur Zeit des großen Stein die deutsche Ideenwelt beherrschte. Als der Redner hervorhob, daß die Stunde, die die Gäste der Liberalen Vereinigung zu einer Feier zusammenführte, nicht weit getrennt sei von der Stunde der Befreiung deutschen Gebietes von fremder Besatzung und als er daran für das Rheinland herzliche Wünsche anknüpfte, spendete die Versammlung spontanen Beifall.

Reichsminister a. D. Koch, der Parteivorsitzende der Demokratischen Partei, und Außenminister Dr. Stresemann hielten Ansprachen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

führte in seiner Ansprache u. a. aus, wie es Bismarck 1871 unmöglich gewesen wäre, das Deutsche Reich zu gründen wenn nicht die liberalen deutschen Kreise so gute Vorarbeit geleistet hätten. Die Idee der Einigung des Deutschen Reiches wäre nicht zu verwirklichen gewesen, wenn nicht im Parlament in der Paulskirche in Frankfurt die starken liberalen Tendenzen des deutschen Bürgertums vorbereitend tätig gewesen wären. Jeder würde dankbar sein, wenn aus den Parlamenten der Interessenvereinigung sich noch einmal ein deutsches Reichsparlament herausbilden könnte, das soviel an Vaterlandsliebe und Kulturgemeinschaft in sich trägt, wie das Frankfurter Parlament. (Stürmischer Beifall.) Der Außenminister stimmte dem Abgeordneten Koch darin bei, daß, wenn es Parteien gibt, die Grenzen gegeneinander ziehen, doch immer bedacht werden müsse, daß das Einende im deutschen Volke nicht durch tiefe Gräben von einander getrennt sein muß. Scheidungen in nationale und nicht-nationale Deutsche gibt es nicht, sondern das nationale ist das Selbstverständliche. Unter den Gesichtspunkten wollen wir zusammenwirken für Vaterland und Freiheit.

Der Führer der Wirtschaftspartei Reichstagsabgeordneter **Drewitz** erklärte, daß seine Partei keinesfalls die Rückkehr zum alten Feudalstaate wünsche, sondern sich für den Volksstaat einsetze.

Keine neuen Millionenkredite an die Wirtschaft.

)(Berlin. Zu der in der Presse verbreiteten Mitteilung über **angebliche Millionenkredite an die Wirtschaft aus öffentlichen Mitteln** ist festzustellen, daß sich das gegenwärtige Reichskabinett selbstverständlich ebenso wie das vorhergehende mit der Frage beschäftigt, wie der Wirtschaft in der augenblicklichen schwierigen Lage Erleichterung gebracht werden kann. **Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß auch nur annähernd die genannten phantastischen Summen zur Verfügung gestellt werden können.** Ueber dies geht das Reichskabinett vor allen Dingen darauf aus, **Steuererleichterungen** herbeizuführen, wodurch sich die für Kreditzwecke zur Verfügung stehenden Mittel selbstverständlich vermindern.

Direktor Karl Müller gestorben.

)(Berlin. Direktor **Karl Müller,** erster stellvertretender Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen), Mitglied des Aufsichtsrats der Continentaltelegraphen-Compagnie (Wolffs Telegraphisches Büro), Vorsitzender des Aufsichtsrats des Nachrichtenbüros des Vereins deutscher Zeitungsverleger und der Handelsgesellschaft deutscher Zeitungsverleger, **eine der führenden Persönlichkeiten des deutschen Zeitungswesens,** ist am Sonntag abend in Wolfsgrund bei Altheide nach kurzem Krankenlager **im Alter von 63 Jahren dem Herzschlag verschieden.**